

Katrin Hugendubel

Familienpolitik gegen Armut und für mehr Geschlechtergerechtigkeit

Tobias Bauer/Silvia Strub/Heidi Stutz: *Familien, Geld und Politik. Von den Anforderungen an eine kohärente Familienpolitik zu einem familienpolitischen Dreisäulenmodell für die Schweiz, Zürich/Chur 2004 (Verlag Rüegger, 243 S., 29,40 €).*

Familienpolitik steht derzeit ganz hoch im Kurs. Nicht nur in Deutschland, wo das neue Paket zur Familienförderung Anfang diesen Jahres als eine der ersten großen innenpolitischen Hürden der großen Koalition diskutiert wurde, sondern europaweit. In Zeiten, in denen die Kinderzahlen zurückgehen und eine überalternde Bevölkerung soziale Sicherungssysteme in Frage zu stellen scheint, werden Kinder zu einem Synonym für Zukunftsfähigkeit und Reichtum einer Gesellschaft. Familienfreundlichkeit wird Standortfaktor im globalen Wettbewerb, die Debatte um Familienpolitik und Kinderförderung wird ökonomisiert. Neben potentiell wirtschaftlichen Wachstum gibt es aber noch einen anderen Grund für die Debatte um eine effektivere Familienpolitik: Überall in Europa sind Familien überdurchschnittlich häufig von Einkommensschwäche und Armut betroffen, Kinderarmut nimmt erschreckend zu.

Nach EU-Definition ist arm, wer weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens verdient: die UNIFEC-Studie „Child poverty in rich countries“ von 2005 zeigt, dass nach dieser Definition in 24 OECD-Staaten insgesamt über 45 Millionen Kinder von Armut betroffen sind. Während die Kinderarmut in Dänemark und Finnland bei unter drei Prozent liegt, gelten in den USA über 20% der Kinder als arm. In Deutschland ist die Kinderarmut seit 1990 stärker gestiegen als in den meisten anderen Industrienationen. Jedes zehnte Kind lebt hier in relativer Armut. Dabei entscheidet die Höhe der Sozialausgaben nicht allein über das Ausmaß von Kinderarmut. 10 OECD-Länder, darunter auch Deutschland, geben einen ungefähr gleich hohen Teil ihres Bruttosozialprodukts – zwischen sieben und zehn Prozent – für die soziale Sicherung von Familien aus. Trotzdem gibt es zwischen diesen Ländern erhebliche Unterschiede bei der Armutsrate, viel hängt von der Art und Weise der Zuwendungen und ihrer Verteilung ab.

In Situationen, in denen händeringend nach den richtigen Konzepten gesucht wird, lohnt sich oft der Blick auf andere Länder. Der Band *Familien, Geld und Politik* bietet einen solchen Blick auf die Situation in der Schweiz. Ausführlich wird hier das Forschungsprojekt „Grundpfeiler für eine kohärente Politik von familienpolitischen Transfers“, welches im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms „Probleme des Sozialstaats“ in der Schweiz durchgeführt wurde, vorgestellt. Durch ein empirisch gestütztes Simulationssystem werden die Vor- und Nachteile verschiedener finanzieller Instrumente zur Bekämpfung von Familienarmut untersucht.

Bewertet werden die Ergebnisse der ökonomischen Analyse des Zusammenspiels von Familie, Geld und Politik mit Hilfe von drei Faktoren: die Verbesserung der finanziellen Situation der Familien, die Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter und die politische Realisierbarkeit der untersuchten Initiativen. Damit berücksichtigt die Studie auch die in der ökonomisierten Diskussion um Kinder als Wachstumsfaktor häufig vernachlässigte Frage des Rechts auf Gleichstellung der Frauen in unserer Gesellschaft. Betrachtet werden die Nettotransfers verschiedener finanzieller Maßnahmen wie Familienzulagen, Familienergänzungsleistungen, steuerliche Familienvergünstigungen und subventionierte Betreuungsplätze sowie Sozialhilfe aus Sicht einzelner Haushalte. So entsteht in der Simulation ein Raster mit acht mal fünf Kombinationsmöglichkeiten: acht Haushaltstypen, mit und ohne Kinder, und fünf Einkommensgruppen, die miteinander kombiniert werden.

Das Ergebnis dieser multidimensionalen Simulation vermag nicht zu überraschen: Ein drei Säulenansatz, der auf einer Basissicherung für alle Kinder, existenzsichernde Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien und eine gute Infrastruktur in Form von subventionierter und steuerbegünstigender Kinderbetreuung beruht, verspricht die besten Ergebnisse in Bezug auf einen Ausgleich zwischen reicheren und ärmeren Haushalten und Haushalten mit und ohne Kinder. Die Armutsquote sinkt in der Simulation deutlich ab und die durchschnittliche Erwerbsarbeit der Familien, vor allem von Frauen, steigt, wenn auch nur leicht, an.

Doch auch wenn dies nicht wirklich überrascht, so ist es doch hilfreich, das erwartete Ergebnis, nämlich dass kohärente Familienpolitik nur durch die Kombination verschiedener Elemente gestaltet werden kann, in einer genauen Analyse belegt zu bekommen. Entscheidend ist dabei der Hinweis, dass gute Familienpolitik nicht unbedingt teurer sein muss. Bewusst bezieht die Studie den wachsenden Druck auf öffentliche Kassen mit ein und zeigt, dass das Mischmodell gegenüber der im Sommer 2003 in der Schweiz beschlossenen Reform der Familienbesteuerung deutlich bessere Ergebnisse böte ohne teurer zu sein. Dass ein Ausbau aller drei Säulen natürlich wünschenswert wäre, und die Umverteilungseffekte, und damit die Wirkung im Kampf gegen Familienarmut, dadurch stärken würde, ist selbstredend.

Durch die Einbeziehung vieler zusätzlicher Aspekte, z.B. die unterschiedlichen Zielsetzungen der Hauptakteure der schweizerischen Familienpolitik oder die Wechselwirkungen zwischen ökonomischen Interventionsebenen und sozialökologischen Faktoren, wird die Studie sehr komplex. Nur auf diese Weise kann sie aber den Auswirkungen auf die Lebenssituation von verschiedenen Familienformen (Alleinerziehende, verheiratete und nicht verheiratete Paare) gerecht werden. Durch die besondere Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Geschlechtergleichheit und die Vermeidung von Stigmatisierung von LeistungsempfängerInnen setzt „Familie, Geld und Politik“ sich wohltuend von einer rein rechnerischen Kosten-Nutzen Analyse ab. LeserInnen aus anderen Ländern als der Schweiz werden allerdings möglicherweise bedauern, dass auf die Frage der Übertragbarkeit der Ergebnisse dieser Studie nicht eingegangen wird. Inwiefern das Paket der familienpolitischen

Maßnahmen das richtige Konzept für Deutschland sein kann, um Familien aus dem Kreislauf der Armut zu befreien und die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern zu stärken, müssen wir dann doch selbst analysieren.